

25.02.16 | **Protest**

## Die große Angst vor der "Windindustrie-Wüste"

Eine Verfassungsbeschwerde, prominente Unterstützung und sogar eine eigene Partei – die Windkraftgegner machen in diesen Tagen bundesweit mobil. Haben sie Erfolg, steht die Energiewende vor dem Aus. *Von Ulrich Exner, Daniel Wetzel*

*Foto: dpa*

Windkraft

Bisher sind sie eher leise aufgetreten, haben ihren Ärger und ihren Widerstand meistens vor Ort, vor der eigenen Haustür formuliert. Oft spontan, manchmal ohne große Resonanz. Jetzt aber gehen die Gegner des Ausbaus der Windenergie lautstärker zu Werk. Ein offener Brief an die Kanzlerin ist bereits zugestellt; eine Verfassungsbeschwerde gegen den weiteren Ausbau dieser Energieform ist an diesem Donnerstag hinzugekommen. In Hessen erhalten die Windkraftgegner am Wochenende prominente Unterstützung. Und in Mecklenburg-

Vorpommern gründet sich zum selben Zeitpunkt die erste Anti-Windkraft-Partei.

In Altentreptow an der Mecklenburgischen Seenplatte wollen sich dann vor allem die Mitglieder des landesweit agierenden Anti-Windkraft-Bündnisses Freier Horizont (Link: <http://freier-horizont.de/>) treffen, das künftig auf politischer Ebene gegen den "unkontrollierten Windkraftausbau" kämpfen will. Bereits bei der Landtagswahl im kommenden Herbst will die neue Partei nicht nur um die Stimmen derjenigen kämpfen, die direkt von dem nach ihrer Ansicht ebenso irrationalen wie gesundheitsgefährdenden und unsozialen Bau von Windkraftanlagen betroffen sind.

Im Visier des Freien Horizonts sind auch "verantwortungsbewusste Bürger, die von Parteien alter Prägung längst keine Antworten mehr erwarten, jedoch die Geschicke dieses Landes nicht jenen mit den scheinbar einfachen Antworten überlassen wollen". Eine Partei also, die sich nicht nur gegen die von CDU, SPD, Grünen und FDP getragene Energiewende richtet, sondern auch gegen die AfD (Link: <http://www.welt.de/themen/alternative-fuer-deutschland/>) . Eine Anti-Anti-Partei also, der der amtierende Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) prophylaktisch schon einmal wenig Chancen einräumt. Schließlich, so der Regierungschef, seien 70 Prozent der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit der Energiepolitik des Landes einverstanden. Eine Zahl, deren Zukunft fraglich sein dürfte.

Wo immer die Politik mittlerweile neue Windkraftanlagen errichten will, entsteht gleichzeitig eine Initiative, die sich gegen den Bau dieser Anlagen richtet. Hunderte dieser Bündnisse finden sich mittlerweile auf der Internetplattform Windwahn.de (Link: <http://www.windwahn.de/index.php/links/karte-der-buergerinitiativen-in-deutschland>) . Im hessischen Schloss Johannisberg treffen sich an diesem Wochenende Windkraftgegner aus der ganzen Republik zu einem "Symposium der Vernunft".

## Die Ängste der Windkraftgegner

Hauptredner des nach eigener Einschätzung "ehrlichen Energiegipfels" ist Enoch Freiherr zu Guttenberg, Dirigent, Mitbegründer des Naturschutzbundes BUND und Vater von Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Auch Hans-Werner Sinn, Präsident des Ifo-Instituts, wird dort einen Vortrag halten, der sich vermutlich nicht ausschließlich lobend mit der vor knapp fünf Jahren von Angela Merkel (CDU) ausgerufenen Energiewende auseinandersetzen wird.

Die Kanzlerin ist auch Adressatin eines offenen Briefes, in dem sich die Vertreter der Anti-Windkraft-Bündnisse der norddeutschen Flächenländer Ende Januar entschieden gegen "die rücksichtslose großflächige Zerstörung der natürlichen Lebensräume und wertvollen Kulturlandschaften Norddeutschlands" gewandt haben. Sie reagierten damit auf den aus ihrer Sicht empörenden "Wismarer Appell" der fünf norddeutschen Ministerpräsidenten, in dem diese von der Kanzlerin einen weiteren massiven Ausbau "der Windenergie an Land und auf See" fordern. Nur so seien die Ziele der Energiewende und des Klimaschutzes zu erreichen.

Die Windkraftgegner sehen dagegen in der weiteren Förderung der Mühlen den Versuch,

"ganz Norddeutschland zu einer Windindustrie-Wüste ([Link: http://www.welt.de/themen/windenergie/](http://www.welt.de/themen/windenergie/)) verkommen" zu lassen, in der ein unsoziales Fördersystem für "hohe Profite bei den Projektierern, Betreibern und Herstellern von Windkraftanlagen" sorgt, ohne dass diese Energieart zur Grundlastfähigkeit des deutschen Energienetzes beitrage.

Dem gegenüber stünden außerdem immense Wertverluste für das Wohneigentum in der Nähe der Anlagen, damit verbundene und "nicht kalkulierbaren Folgekosten" sowie "unkalkulierbare Folgen für die Gesundheit". Gemeint sind insbesondere die Lärm- und Schallwellenbelastungen, denen Anlieger von Windkraftanlagen beständig ausgesetzt sind.

## **Die Normen stammen aus den 90er-Jahren**

Letztere liefern auch den Grund für eine Verfassungsbeschwerde, die der "Regionalverband Taunus – Windkraft mit Vernunft" an diesem Donnerstag in Berlin vorgestellt hat. Die beiden Verfassungsrechtler Rudolf Wendt und Michael Elicker von der Universität des Saarlandes wollen in Karlsruhe rügen, dass es die staatlichen Organe bislang unterlassen haben, die Regelwerke zur Genehmigung von Windkraftanlagen an den heutigen Stand der Wissenschaft anzupassen.

Denn tatsächlich stammen die Vorschriften der Technischen Anleitung Lärm (TA Lärm) und die einschlägigen DIN-Normen aus den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts, einer Zeit also, in der Windkraftanlagen noch keine 50 Meter hoch waren. Die dort vorgeschriebenen Messverfahren seien für die heutigen Riesenrotoren auf 200 Meter Nabenhöhe überhaupt nicht ausgelegt, kritisieren die Rechtsexperten. Zudem müssten jüngste wissenschaftliche Erkenntnisse über die Wirkung von Infraschall auf den menschlichen Organismus berücksichtigt werden.

Stellvertretend für die Masse der Windkraftgegner ziehen mit der Beratung von Wendt und Elicker nun drei betroffene Familien vor das Verfassungsgericht: Die Geschichten der Familien Sönksen, Neu und Saum aus Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ähneln sich: Sie wohnen rund 500 Meter von großen Windparks entfernt.

Während die älteren Familienmitglieder zumeist unter Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Nasenbluten, Bluthochdruck, Herzrasen, Schwindelgefühl und Tinnitus leiden, kommen bei den Kindern Leistungsabfall in der Schule, Konzentrationsstörungen, teilweise Krämpfe und bei den Mädchen Menstruationsstörungen hinzu. Alle Familien berichten, dass die Symptome verschwinden oder schwächer werden, wenn sie die Windkraftgegend verlassen.

## **Zehnfache Höhe als Mindestabstand gefordert**

"Der Staat", schloss der Rechtsexperte Wendt in Berlin, "muss seiner Schutz- und Vorsorgepflicht nach Artikel 2 des Grundgesetzes nachkommen, um Schäden in größerem Ausmaß für Leib und Leben der Bürger zu verhindern." Vor Gericht soll es deshalb nicht nur darum gehen, langfristig die TA Lärm an die heutigen Realitäten anzupassen: Der Staat müsse sofort tätig werden, um die Zahl möglicher neuer Windkraftopfer zu begrenzen, fordert

Wendt: "Denkbar ist etwa die Einführung eines Mindestabstands zur Wohnbebauung in etwa der zehnfachen Höhe der Windkraftanlage."

Eine solche "10-H-Regelung" ist in Bayern bereits in Kraft. Das Umweltbundesamt in Dessau warnte allerdings bereits die anderen Bundesländer, dem bayerischen Beispiel zu folgen: Das Potenzial des Windkraftausbaus in Deutschland würde mit einem Mindestabstand von 2000 Metern zu Wohnbebauung "praktisch auf null" sinken, hat die Behörde errechnet. Die Energiewende wäre damit wohl am Ende.

© WeltN24 GmbH

**WELT AM SONNTAG**

**9 x lesen, 3 davon gratis + 15 € Gutschein geschenkt!**

